



Beschluss Vorstand | 11. September 2025

Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (Interkantonale Spitalschulvereinbarung, ISV); Inkraftsetzung: Beschluss

Das Generalsekretariat berichtet:

- 1 Die Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (Interkantonale Spitalschulvereinbarung, ISV) bildet zuhanden der Kantone eine Rechtsgrundlage für den Lastenausgleich zwischen den Vereinbarungskantonen.
- 2 Mit Beschluss vom 7. Mai 2021 hat der Vorstand den Entwurf der Interkantonalen Spitalschulvereinbarung in die Vernehmlassung gegeben.
- 3 Die Plenarversammlung hat anlässlich ihrer Sitzung vom 28. Oktober 2022 die Interkantonale Spitalschulvereinbarung (ISV) zuhanden der kantonalen Beitrittsverfahren verabschiedet.
- 4 Bis heute sind ihr sechs Kantone beigetreten (vgl. Liste der Beitritte, Anhang). Somit ist die Mindestanzahl für die Inkraftsetzung gemäss Art. 15 ISV erreicht.
- 5 Das Generalsekretariat ist Geschäftsstelle der Vereinbarung. Nach deren Inkrafttreten obliegt es der Geschäftsstelle, die Vereinbarungskantone zu informieren sowie Vollzugs- und Verfahrensfragen im Rahmen von Richtlinien zu koordinieren und zu regeln (vgl. Art. 9 ISV). Auf dieser Grundlage können das Angebot und die Zahlungsbereitschaft der Vereinbarungskantone voraussichtlich erstmals für das Schuljahr 2027/2028 erhoben werden (vgl. Zeitplan Umsetzung nach Inkraftsetzung, Anhang). Sollte sich zeigen, dass ein Start bereits per Schuljahr 2026/2027 möglich ist, prüft die Geschäftsstelle einen vorzeitigen Angebotsstart.

Der Vorstand beschliesst:

Die Interkantonale Spitalschulvereinbarung (ISV) vom 28. Oktober 2022 wird in Anwendung von Art. 15 ISV per 1. Januar 2026 in Kraft gesetzt.

Bern, 11. September 2025

Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren

Im Namen des Vorstands:

sig.

Susanne Hardmeier | Generalsekretärin

Anhang:

- Liste der Beitritte, Stand 28. August 2025
- Zeitplan Umsetzung nach Inkraftsetzung, Stand 28. August 2025
- Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (Interkantonale Spitalschulvereinbarung, ISV) vom 28. Oktober 2022
- Accordo intercantonale sulla scuola in ospedale del 28 ottobre 2022 (AASO)



Zustellung an:

- Mitglieder der Konferenz
- Bundeskanzlei
- Schweizerische Staatsschreiberkonferenz

Dieser Beschluss wird auf der Website der EDK publiziert.

367-5.1.2-291561-ss-FK



28. August 2025 | 28. août | 28. agosto

Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (Interkantonale Spitalschulvereinbarung ISV) vom 28. Oktober 2022: Stand kantonale Beitrittsverfahren

Accord intercantonal sur les offres scolaires en milieu hospitalier (AOSH) du 28 octobre 2022 :
état d'avancement des procédures cantonales d'adhésion

Accordo intercantonale sulle attività scolastiche in ambito ospedaliero (AASO) del 28 ottobre 2022:
stato d'avanzamento delle procedure di adesione cantonali

Beitritt beschlossen	6 Kantone
Adhésion décidée	6 cantons
Adesione decisa	6 Cantoni

Kanton Canton Cantone	Kantonale Behörde Autorité cantonale Autorità cantonale	Datum Date Data
UR	Regierungsrat	28.02.2023
SO	Regierungsrat	30.05.2023
TG	Regierungsrat	14.11.2023
ZH	Kantonsrat	03.06.2024
BE	Regierungsrat / Conseil-exécutif	22.01.2025
FR	Grosser Rat / Grand Conseil	28.03.2025

367-5-291570-ss-FK



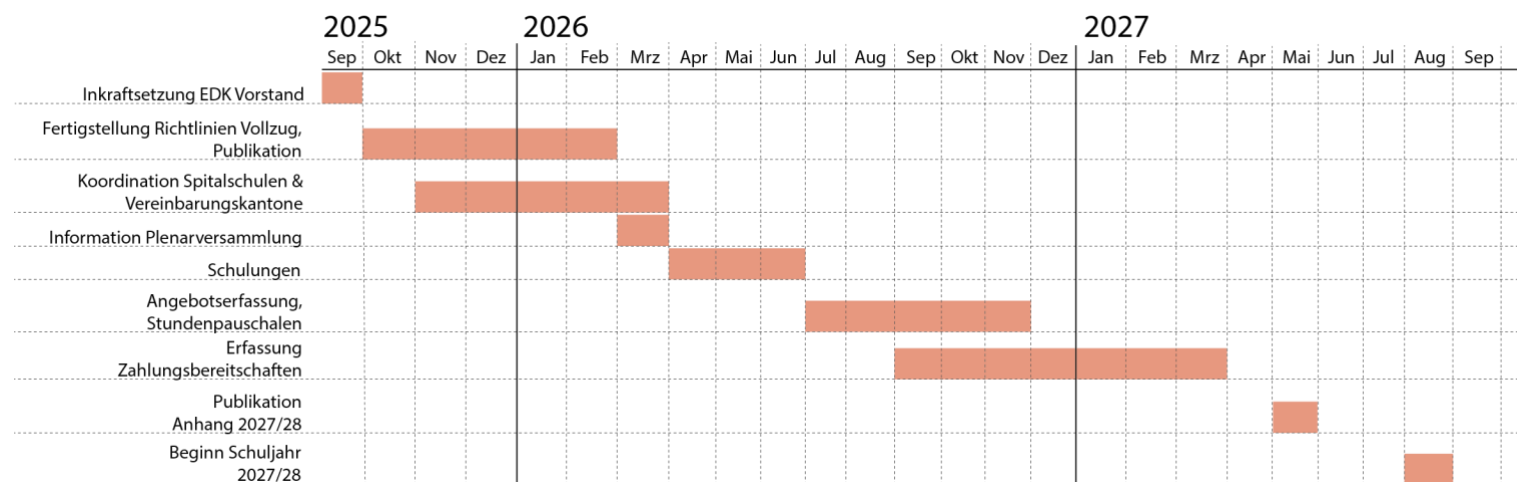
EDK | CDIP | CDPE | CDEP |

Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica

28. August 2025

Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (Interkantonale Spitalschulvereinbarung ISV) vom 28. Oktober 2022

Voraussichtlicher Zeitplan der Umsetzung nach Inkraftsetzung



367-5-296281-ss-FK

Generalsekretariat | Secrétariat général

Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern
+41 31 309 51 11, edk@edk.ch, edk.ch

Gemeinsam für Bildung, Kultur und Sport
Au service de l'éducation, de la culture et du sport
Insieme per l'educazione, la cultura e lo sport
Ensemen per l'educaziun, la cultura ed il sport

Inkrafttreten per 1.1.2026

**Interkantonale Vereinbarung
für schulische Angebote in Spitälern
(Interkantonale Spitalschulvereinbarung, ISV)**

vom 28. Oktober 2022 [Stand 11. September 2025]

I Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck und Geltungsbereich

¹Die Vereinbarung regelt die Abgeltung von schulischen Angeboten in Spitälern (Spitalschulen) unter den Vereinbarungskantonen.

²Sie gilt für Angebote im Bereich der obligatorischen Schule, die von hospitalisierten Schülerinnen und Schülern in Spitälern ausserhalb des Kantons, in welchem die obligatorische Schulpflicht zu absolvieren ist, besucht werden.

³Sie gilt für allgemeinbildende Angebote der Sekundarstufe II, die von hospitalisierten Schülerinnen und Schülern in Spitälern ausserhalb des Wohnsitzkantons besucht werden.

⁴Interkantonale Vereinbarungen, welche die Mitträgerschaft oder Mitfinanzierung von Spitalschulen oder von dieser Vereinbarung abweichende Abgeltungen für die Inanspruchnahme des Angebots einer Spitalschule regeln, gehen dieser Vereinbarung vor. Vorausgesetzt wird, dass die finanziellen Abgeltungen für die Angebote mindestens den im Anhang definierten Beiträgen entsprechen.

Art. 2 Grundsatz

Die Spitalschulen sorgen für ein ausreichendes schulisches Angebot und unterstützen nach Möglichkeit die Reintegration

der hospitalisierten Schülerinnen und Schüler in die Herkunftsklasse oder in die Herkunftsschule; zu diesem Zweck pflegen sie einen angemessenen Austausch mit der verantwortlichen Klassen- oder Fachlehrperson der Herkunftsschule.

II Angebote, Beiträge und Zahlungspflicht

Art. 3 Schulische Angebote

¹Schulische Angebote im Bereich der obligatorischen Schule

- a. orientieren sich an den Lehrplänen für den Unterricht in Klassen der obligatorischen Schule und
- b. bieten gute Rahmenbedingungen für eine ausreichende individuelle Schulung der betroffenen Schülerinnen und Schüler in der Sprache ihres Herkunftskantons.

²Schulische Angebote im Bereich der Sekundarstufe II

- a. streben die Sicherung des Ausbildungsstands in den allgemeinbildenden Fächern entsprechend dem für die betroffene Schülerin oder für den betroffenen Schüler massgebenden Lehrplan an und
- b. bieten gute Rahmenbedingungen für eine ausreichende individuelle Schulung der betroffenen Schülerinnen und Schüler in der Sprache ihres Herkunftskantons.

³Beschäftigungsangebote, die nicht den schulischen Angeboten gemäss den Absätzen 1 und 2 entsprechen sowie Kosten für Unterkunft und Verpflegung und medizinische Behandlungen der hospitalisierten Schülerin oder des hospitalisierten Schülers sind nicht Teil der Abgeltungen im Sinne dieser Vereinbarung.

Art. 4 Anhang

¹Im Anhang zur Vereinbarung wird definiert

- a. welche an den verschiedenen Spitälern vorhandenen schulischen Angebote unter die Bestimmungen der Vereinbarung fallen,
- b. welche Abgeltungen die zahlungspflichtigen Kantone den ausserkantonalen Spitälern für die im Einzelfall genutzten schulischen Angebote entrichten müssen,
- c. von welchen Angeboten die Kantone Gebrauch machen wollen und
- d. von welchen Bedingungen die Kantone ihre Zahlungsbereitschaft für Angebote der Sekundarstufe II abhängig machen.

²Die Standortkantone können der Geschäftsstelle Angebote im Sinne der Vereinbarung für die Aufnahme auf die Liste gemäss Absatz 1 melden, sofern die Anforderungen gemäss Artikel 3 erfüllt sind.

³Die Standortkantone stellen sicher, dass das gemeldete schulische Angebot die für Bildungseinrichtungen geltenden Qualitätskriterien erfüllt und die eingesetzten Lehrpersonen über die notwendigen Qualifikationen verfügen.

Art. 5 Beiträge

¹Die Standortkantone legen die Beiträge für die im Anhang aufgeführten schulischen Angebote fest.

²Sie berücksichtigen dabei die folgenden Grundsätze:

- a. die Abgeltungen werden als Beiträge in Form von Stundenpauschalen festgelegt;
- b. die Abgeltungen umfassen ausschliesslich die Kosten für die schulischen Angebote (Personal- und Betriebskosten);
- c. die Pauschalen für ausserkantonale Schülerinnen und Schüler dürfen nicht höher sein als für Schülerinnen und Schüler, die ihre Schulpflicht im Standortkanton absolvieren beziehungsweise als für Schülerinnen und Schüler Sekundarstufe II mit Wohnsitz im Standortkanton.

³Die Beiträge gelten jeweils für zwei Schuljahre.

Art. 6 Zahlungspflichtige Kantone

¹Im Bereich der obligatorischen Schule ist der Kanton am schulrechtlichen Aufenthaltsort der hospitalisierten Schülerin oder des hospitalisierten Schülers zahlungspflichtig. Die kantonsinterne Aufteilung oder Weiterverrechnung der Beiträge richtet sich nach dem jeweiligen kantonalen Recht.

²Im Bereich der Sekundarstufe II ist derjenige Kanton zahlungspflichtig, in dem die hospitalisierte Schülerin oder der hospitalisierte Schüler den stipendienrechtlichen Wohnsitz hat. Die kantonsinterne Aufteilung oder Weiterverrechnung der Beiträge richtet sich nach dem jeweiligen kantonalen Recht.

³Für Angebote der Sekundarstufe II kann der Kanton seine Zahlungsbereitschaft von Bedingungen abhängig machen.

⁴Für die Zahlungspflicht besteht eine Karenzfrist von sieben Tagen nach Spitaleintritt. Die Karenzfrist entfällt, wenn der Aufenthalt im Spital insgesamt mindestens zwei Wochen dauert. Bei einem Wechsel des Spitals und/oder bei wiederholten Hospitalisierungen aufgrund der gleichen Krankheit wird die Karenzfrist nicht neu berechnet.

III Gleichbehandlung

Art. 7 Behandlung von Schülerinnen und Schülern aus Kantonen, die ihre Zahlungsbereitschaft erklärt haben

Die Spitalschulen gewähren den hospitalisierten Schülerinnen und Schülern, deren schulrechtlicher Aufenthaltskanton beziehungsweise Wohnsitzkanton seine Zahlungsbereitschaft erklärt hat, die gleiche Rechtsstellung wie den hospitalisierten Schülerinnen und Schülern des Standortkantons.

Art. 8 Behandlung von Schülerinnen und Schülern aus Kantonen, die keine Zahlungsbereitschaft erklärt haben

¹Hospitalisierte Schülerinnen und Schüler aus Kantonen, die ihre Zahlungsbereitschaft für das konkrete schulische Angebot nicht erklärt haben, haben keinen Anspruch auf Gleichbehandlung bezüglich der Nutzung der Angebote.

²Hospitalisierte Schülerinnen und Schüler aus Kantonen, die ihre Zahlungsbereitschaft für das konkrete schulische Angebot nicht erklärt haben, können nur in das Angebot aufgenommen werden, wenn der zahlungspflichtige Kanton vorgängig eine Kostengutsprache erteilt. In diesem Fall verlangt die Spitalschule vom zahlungspflichtigen Kanton eine Entschädigung, welche mindestens der Abgeltung nach Artikel 5 entspricht.

IV Vollzug

Art. 9 Geschäftsstelle

¹Das Generalsekretariat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) ist Geschäftsstelle dieser Vereinbarung.

²Ihr obliegt insbesondere

- a. die Information der Vereinbarungskantone,
- b. die Koordination und
- c. die Regelung von Vollzugs- und Verfahrensfragen im Rahmen von Richtlinien.

Art. 10 Beitragsverfahren

Der Standortkanton bezeichnet für jedes schulische Angebot die Zahlstelle und regelt in seinen Rechtsgrundlagen die Voraussetzungen für den Besuch eines schulischen Angebots in der Spitalschule.

Art. 11 Änderung des Anhangs

¹Eine Änderung des Anhangs (Liste der Angebote) ist jeweils auf Beginn des Schuljahres möglich.

²Neue oder geänderte Angebote werden aufgenommen, wenn sie zwei Monate vor Ende des dem Änderungstermin vorangehenden Schuljahres bei der Geschäftsstelle gemeldet sind.

³Eine Änderung der Zahlungsbereitschaft oder bei der Sekundarstufe II der daran geknüpften Bedingungen muss der Geschäftsstelle zwei Monate vor Ende des dem Änderungstermin vorangehenden Schuljahres gemeldet werden.

Art. 12 Vollzugskosten

Die Kosten der Geschäftsstelle für den Vollzug dieser Vereinbarung sind durch die Vereinbarungskantone nach Massgabe der Bevölkerungszahl zu tragen. Sie werden ihnen jährlich in Rechnung gestellt.

V Schlussbestimmungen

Art. 13 Streitbeilegung

¹Auf Streitigkeiten, die sich aus der vorliegenden Vereinbarung ergeben, wird das Streitbeilegungsverfahren gemäss der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich¹ angewendet.

²Kann die Streitigkeit nicht beigelegt werden, entscheidet auf Klage hin das Bundesgericht gemäss Artikel 120 Absatz 1 litera b Bundesgesetz über das Bundesgericht².

¹ Rahmenvereinbarung vom 24. Juni 2005 für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Rahmenvereinbarung, IRV)

² Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz, BGG); SR 173.110

Art. 14 Beitritt

Der Beitritt zu dieser Vereinbarung wird dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt.

Art. 15 Inkrafttreten

¹Der Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren setzt die Vereinbarung in Kraft, wenn mindestens sechs Kantone beigetreten sind.

²Das Inkrafttreten ist dem Bund zur Kenntnis zu bringen.

Art. 16 Kündigung

Die Vereinbarung kann unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren jeweils auf den 31. Juli durch schriftliche Erklärung an die Geschäftsstelle gekündigt werden, erstmals jedoch nach fünf Beitrittsjahren.

Art. 17 Weiterdauer der Verpflichtungen

Die Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung für die zum Zeitpunkt des Austritts hospitalisierten Schülerinnen und Schüler bleiben bis zur Entlassung der Schülerin oder des Schülers aus der Spitalpflege weiterbestehen, wenn ein Kanton die Zahlungsbereitschaft streicht oder die Vereinbarung kündigt.

Art. 18 Fürstentum Liechtenstein

Dieser Vereinbarung kann das Fürstentum Liechtenstein auf der Grundlage seiner eigenen Gesetzgebung beitreten. Ihm stehen alle Rechte und Pflichten der anderen Vereinbarungspartner zu.

Delémont, 28. Oktober 2022

Im Namen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

Die Präsidentin:
Silvia Steiner

Die Generalsekretärin:
Susanne Hardmeier

Inkrafttreten

Gemäss Beschluss des EDK-Vorstandes vom 11. September 2025 tritt die Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (Interkantonale Spitalschulvereinbarung, ISV) am 1. Januar 2026 in Kraft.

Die Kantone, die der Vereinbarung beigetreten sind, werden vom EDK-Generalsekretariat auf der Website der EDK publiziert.

Entra in vigore il 1.1.2026

**Accordo intercantonale
sulle attività scolastiche in ambito ospedaliero
(Accordo intercantonale sulla scuola in
ospedale, AASO)**

del 28 ottobre 2022 (stato al 11 settembre 2025)

I Disposizioni generali

Art. 1 Scopo e campo d'applicazione

¹L'accordo disciplina l'indennizzo delle attività scolastiche svolte negli ospedali (scuola in ospedale) tra i Cantoni aderenti all'accordo.

²Si applica alle attività nell'ambito della scuola dell'obbligo di cui si avvalgono gli allievi ricoverati in ospedali al di fuori del Cantone nel quale devono assolvere il loro obbligo scolastico.

³Si applica alle attività di formazione generale del livello secondario II di cui si avvalgono gli allievi ricoverati in ospedali al di fuori del loro Cantone di domicilio.

⁴Gli accordi intercantonali che disciplinano la corresponsabilità o il cofinanziamento delle scuole in ospedale oppure gli indennizzi non regolamentati dal presente accordo per usufruire delle attività proposte da una scuola in ospedale prevalgono sul presente accordo. Questa disposizione si applica a condizione che l'indennizzo finanziario delle attività corrisponda almeno agli importi definiti nell'allegato.

Art. 2 Principio

Le scuole in ospedale provvedono a una sufficiente formazione scolastica e favoriscono, ove possibile, il reinserimento degli

allievi ricoverati nella classe o nella scuola di appartenenza; a tal fine assicurano un appropriato scambio con il rispettivo docente di classe o della disciplina in questione della scuola di appartenenza.

II Attività, contributi e impegno a versare contributi

Art. 3 Attività scolastiche

¹Le attività scolastiche nell'ambito della scuola dell'obbligo

- a. si orientano ai piani di studio per l'insegnamento in classe della scuola dell'obbligo e
- b. offrono buone condizioni quadro per una sufficiente formazione individualizzata degli allievi in questione nella lingua del loro Cantone di provenienza.

²Le attività scolastiche nell'ambito del livello secondario II

- a. si impegnano per assicurare il livello di formazione nelle discipline di formazione generale secondo il piano di studio applicabile all'allievo in questione e
- b. offrono buone condizioni quadro per una sufficiente formazione individualizzata degli allievi in questione nella lingua del loro Cantone di provenienza.

³Le attività che non rispondono alle attività scolastiche di cui ai capoversi 1 e 2 come pure i costi del vitto, dell'alloggio e dei trattamenti medici degli allievi ricoverati non fanno parte dell'indennizzo ai sensi del presente accordo.

Art. 4 Allegato

¹L'allegato all'accordo definisce

- a. quali attività scolastiche proposte nei diversi ospedali rientrino nel campo d'applicazione dell'accordo,

- b. quale indennizzo i Cantoni debitori devono versare agli ospedali situati al di fuori del loro territorio per le attività scolastiche utilizzate individualmente,
- c. di quali attività i Cantoni intendono beneficiare e
- d. quali sono le condizioni poste dai Cantoni per concedere l'aiuto finanziario per le attività del livello secondario II.

²I Cantoni di accoglienza possono notificare al segretariato le attività che rientrano nel campo d'applicazione del presente accordo affinché possano essere inserite nell'elenco di cui al capoverso 1, purché siano adempiute le condizioni di cui all'articolo 3.

³I Cantoni di accoglienza assicurano che le attività scolastiche notificate adempiano i criteri di qualità applicabili agli istituti di formazione e che i docenti impiegati possiedano le necessarie qualifiche.

Art. 5 Contributi

¹I Cantoni di accoglienza fissano i contributi accordati alle attività scolastiche indicate nell'allegato.

²Al riguardo tengono conto dei seguenti principi:

- a. l'indennizzo è stabilito sotto forma di contributo forfettario orario;
- b. l'indennizzo copre esclusivamente i costi delle attività scolastiche (costi del personale e d'esercizio);
- c. gli importi dei contributi forfettari accordati per gli allievi non scolarizzati nel Cantone non possono essere superiori a quelli versati per gli allievi che assolvono il loro obbligo scolastico nel Cantone di accoglienza, rispettivamente a quelli versati per gli allievi del livello secondario II che risiedono nel Cantone di accoglienza.

³I contributi sono validi per due anni scolastici.

Art. 6 Cantoni debitori

¹Il Cantone debitore nell'ambito della scuola dell'obbligo è quello nel quale l'allievo ricoverato in ospedale ha la propria dimora secondo il diritto scolastico. La ripartizione interna al

Cantone o la rifatturazione dei contributi è retta dal rispettivo diritto cantonale applicabile.

²Il Cantone debitore nell'ambito del livello secondario II è quello nel quale l'allievo ricoverato ha il domicilio secondo il diritto che regola le borse di studio. La ripartizione interna al Cantone o la rifatturazione dei contributi è retta dal rispettivo diritto cantonale applicabile.

³Per le attività del livello secondario II, il Cantone può subordinare l'aiuto finanziario all'adempimento di determinate condizioni.

⁴All'impegno a versare contributi si applica un periodo d'attesa di sette giorni dal ricovero. Il periodo d'attesa non si applica se la durata complessiva della degenza in ospedale è di almeno due settimane. Se si cambia ospedale e/o in caso di ricoveri ripetuti per la stessa malattia il periodo d'attesa non viene ricalcolato.

III Parità di trattamento

Art. 7 Trattamento degli allievi provenienti dai Cantoni che si sono dichiarati disponibili a versare il contributo finanziario

Le scuole in ospedale garantiscono agli allievi ricoverati, il cui Cantone di dimora o di domicilio secondo il diritto scolastico ha dichiarato la propria disponibilità a versare il contributo finanziario, lo stesso stato giuridico di quello degli allievi ricoverati provenienti dal Cantone di accoglienza.

Art. 8 Trattamento degli allievi provenienti da Cantoni che non si sono dichiarati disponibili a versare il contributo finanziario

¹Gli allievi ricoverati provenienti da Cantoni che non hanno dichiarato la propria disponibilità a versare un contributo finanziario per una determinata attività scolastica non hanno diritto alla parità di trattamento in merito alla frequenza delle attività.

²Gli allievi ricoverati provenienti da Cantoni che non hanno dichiarato la propria disponibilità a versare un contributo

finanziario per una determinata attività scolastica possono frequentare l'attività in questione solo se il Cantone debitore ha precedentemente garantito l'assunzione dei costi. In tal caso la scuola in ospedale chiede al Cantone debitore un indennizzo che corrisponda almeno all'indennizzo di cui all'articolo 5.

IV Esecuzione

Art. 9 Segretariato

¹Il Segretariato generale della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione (CDPE) assume le funzioni di segretariato dell'accordo.

²I suoi compiti sono segnatamente

- a. informare i Cantoni aderenti all'accordo,
- b. coordinare e
- c. disciplinare le questioni relative all'esecuzione e alla procedura sotto forma di direttive.

Art. 10 Procedura di attribuzione dei contributi

Il Cantone di accoglienza designa l'ufficio di pagamento per ogni attività scolastica e nelle sue basi giuridiche disciplina le condizioni della frequenza di un'attività scolastica nella scuola in ospedale.

Art. 11 Modifica dell'allegato

¹Una modifica dell'allegato (elenco delle attività) è possibile all'inizio di ogni anno scolastico.

²Le attività nuove o modificate sono inserite nell'elenco se sono state notificate al segretariato due mesi prima dello scadere del termine di modifica del precedente anno scolastico.

³Un'eventuale modifica della disponibilità a versare un contributo finanziario o, nel caso del livello secondario II, delle

condizioni correlate deve essere comunicata al segretariato due mesi prima dello scadere del termine di modifica del precedente anno scolastico.

Art. 12 Spese legate all'esecuzione dell'accordo

Le spese del segretariato attinenti all'esecuzione del presente accordo sono a carico dei Cantoni aderenti all'accordo in proporzione alla loro popolazione totale. Sono fatturate loro annualmente.

V Disposizioni finali

Art. 13 Risoluzione delle controversie

¹Le controversie derivanti dal presente accordo sono rette dalla procedura di risoluzione delle controversie conformemente alla convenzione quadro per la collaborazione intercantonale con perequazione degli oneri¹.

²Laddove la controversia non possa essere risolta, il Tribunale federale decide, su azione, secondo l'articolo 120 capoverso 1 lettera b della legge sul Tribunale federale².

Art. 14 Adesioni

L'adesione al presente accordo deve essere dichiarata al Comitato della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione.

¹ Convenzione quadro del 24 giugno 2005 per la collaborazione intercantonale con perequazione degli oneri (convenzione quadro, CQI)

² Legge del 17 giugno 2005 sul Tribunale federale (LTF); RS 173.110

Art. 15 Entrata in vigore

¹Il Comitato della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione pone in vigore l'accordo quando vi hanno aderito almeno sei Cantoni.

²L'entrata in vigore dell'accordo deve essere comunicata alla Confederazione.

Art. 16 Disdetta

L'accordo può essere disdetto con una comunicazione scritta indirizzata al segretariato con effetto dal 31 luglio rispettando un preavviso di due anni, ma la prima volta al più presto cinque anni dopo l'adesione.

Art. 17 Durata degli obblighi in caso di disdetta dell'accordo

Se un Cantone ha revocato la sua disponibilità a versare un contributo finanziario oppure ha disdetto l'accordo, gli obblighi assunti sulla base del presente accordo per gli allievi ricoverati al momento dell'uscita del Cantone dall'accordo rimangono in essere fino alle dimissioni dell'allievo dall'ospedale.

Art. 18 Principato del Liechtenstein

Il Principato del Liechtenstein può aderire al presente accordo sulla base della propria legislazione. Ha gli stessi diritti e doveri delle altre parti all'accordo.

Delémont, 28 ottobre 2022

In nome della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione:

La presidente
Silvia Steiner

La segretaria generale
Susanne Hardmeier

Entrata in vigore

Conformemente alla decisione del Comitato della CDPE del 11 settembre 2025, l'Accordo intercantonale sulle attività scolastiche in ambito ospedaliero (Accordo intercantonale sulla scuola in ospedale, AASO) entra in vigore il 1° gennaio 2026.

Il Segretariato generale della CDPE pubblica sul sito Web della CDPE la lista dei Cantoni che hanno aderito all'accordo.